

## INTERGLOBAL

PHILIPPINEN

# Wahlkampf mit Waffen

Michael Reckordt

**Auf den Philippinen wurden Ende November 57 Menschen ermordet, um die unerwünschte Kandidatur eines Politikers zu verhindern. Verantwortlich für das Massaker ist ein Clanführer, der zu den Verbündeten der Präsidentin zählte.**

Esmael Mangudadatu kannte das Risiko seiner Kandidatur bei den Gouverneurswahlen. Er hatte, wie er sagte, bereits Morddrohungen von Politikern des Ampatuan-Clans erhalten. Die für eine Kandidatur erforderlichen Unterlagen selbst bei der Wahlbehörde Comelec einzureichen, wagte er nicht, da Polizei und Militär ihm den Schutz verweigerten. Doch er glaubte, dass seine Feinde es nicht wagen würden, einen Konvoi anzugreifen, in dem sich neben seiner Ehefrau Genalyn Tiamzon-Mangudadatu Dutzende von Unterstützern und Beobachtern befinden, unter ihnen 31 Journalisten sowie Anwälte und Menschenrechtler.

Das erwies sich als Irrtum. Am 24. November wurde der Konvoi von mehr als 100 bewaffneten Männern angehalten, darunter Mitglieder der örtlichen Polizei und Paramilitärs der Ampatuan-Familie. Sie entführten die Insassen der Fahrzeuge, Zeugenaussagen zufolge erschoss Andal Ampatuan Junior, amtierender Bürgermeister von Datu Unsay und Anwärter auf den Gouverneursposten, persönlich zuerst

Frau Mangudadatu. Einige Entführte wurden gefoltert und vergewaltigt, 57 Menschen wurden ermordet. Andal Ampatuan Jr. wurde einige Tage nach der Tat festgenommen, ihn belasten die Aussagen zweier Zeugen.

Am Tag der Tat wurde der Notstand in Maguindanao und zwei angrenzenden Provinzen ausgerufen, Anfang Dezember dann sogar das Kriegsrecht. Am Mittwoch der vergangenen Woche teilte die Polizei mit, man habe 161 Verdächtige identifiziert. Der amtierende Gouverneur Andal Ampatuan Senior sowie weitere Angehörige des Clans wurden festgenommen.

**Gewalt ist in philippinischen Wahlkämpfen ein häufig gebrauchtes Mittel.**

Das Massaker ist nicht nur eine regionale Angelegenheit, denn Ampatuan war ein Verbündeter der Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo. Der Familienclan gehört zur alteingesessenen Oligarchie Mindanaos. Er stellt in 16 von 22 Provinzgemeinden die Bürgermeister und war bis vor kurzem eng verbündet mit der Familie Mangudadatu. Diese gehört zu den aufstrebenden Familien und hatte an wirtschaftlicher und politischer

Macht gewinnen können. Die Konkurrenz um politische Posten führte dann zum Streit. Doch das Massaker von Maguindanao ist mehr als eine Fehde zwischen verfeindeten Clans. Drei strukturelle Ursachen lassen sich ausmachen.

Gewalt ist in philippinischen Wahlkämpfen ein häufig gebrauchtes Mittel. Während der Wahlen im Jahr 2001 starben den Polizeiangaben zufolge über 1.000 und 2004 noch über 180 Menschen. Bei den Wahlen 2007, die die Comelec als „relativ friedlich“ klassifizierte, verloren 126 Menschen ihr Leben. Ungewöhnlich ist nur das Ausmaß der Gewalt in Maguindanao.

Bei den Wahlen im Mai 2010 darf Arroyo nicht mehr kandidieren, ein weiterer Anstieg der Opferzahl ist zu befürchten. Die Wahlen in Maguindanao waren in der Vergangenheit von strategischer Bedeutung. Die Ampatuans waren nicht nur Mitglieder von Arroyos Partei Lakas Kampi CMD, sondern sicherten der Präsidentin 2004 den Wahlsieg. Ihr Konkurrent, der äußerst populäre Schauspieler Fernando Poe, erhielt in einigen Ortschaften Maguindanaos keine einzige Stimme, Arroyo hingegen gewann zum Teil mehr Stimmen, als Wähler registriert waren. Doch nun geht Arroyo auf Distanz. Nach dem Massaker wurden die Ampatuans aus der Partei ausgeschlossen, und der Präsi-

dentschaftskandidat der Lakas Kampi CMD begleitete Esmael Mangudadatu zur Wahlbehörde, um dessen Kandidatur anzumelden.

Der Gouverneur von Maguindanao hatte für die Zentralregierung auch eine militärische Bedeutung. Ampatuan Senior war bislang ein lokaler Kommandant der Paramilitärs und galt als verlässlicher Partner, den man im Kampf gegen die secessionistische MILF (Moro Islamic Liberation Front) in der Region benötigte. Die Militarisierung der Region ist die zweite Ursache des Massakers. Die Ampatuans kontrollieren die Polizei, die traditionell den lokalen und nicht den zentralstaatlichen Behörden unterstellt ist, und gebieten über eine Privatarmee.

Solche paramilitärischen Verbände hat Arroyo mit der Exekutivorder 546 im August 2006 quasi legalisiert, da sie den staatlichen Sicherheitskräften zur „Sicherung von Ruhe und Ordnung“ unterstellt werden können. Diese Legalisierung war eine Belohnung für die Ampatuans und ähnliche Clans, die solche Hilfstruppen auch für private Zwecke einsetzen.

So überrascht es wenig, dass die Ermittler bei Durchsuchungen der Häuser der Ampatuans genügend Waffen fanden, um „mehr als drei Militärbataillone“ (rund 3.000 Soldaten) auszurüsten. Leila de Lima von der Commission of Human Rights der

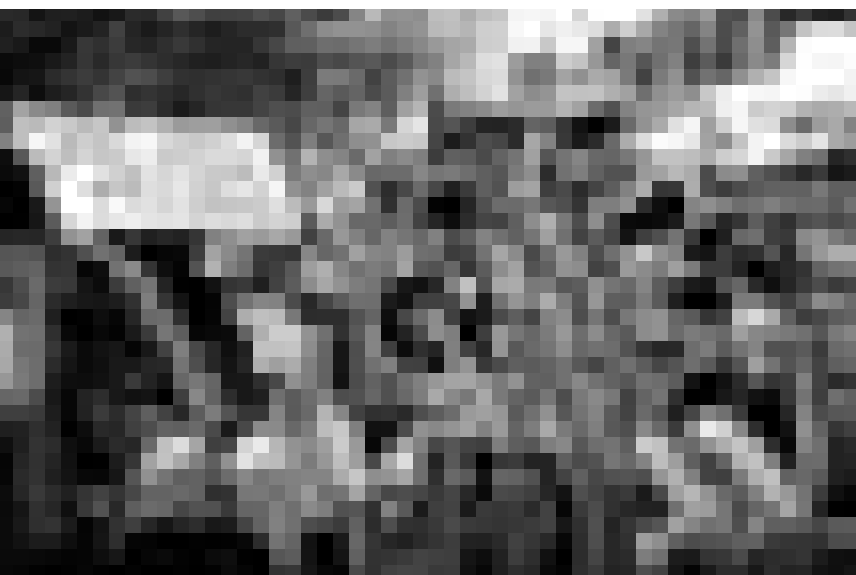


FOTO: VICTOR VILLANUEVA/FLICR

„Stopp den politischen Morden!“. Demonstration verschiedener Jugendgruppen in Manila anlässlich des Massakers von Maguindanao.

Philippinen warf dem Ampatuan-Clan vor, bereits vor dem Massaker 200 Menschen ermordet zu haben.

Die Menschen vor Ort schwiegen bisher, da sie Angst haben. Seit der Amtsübernahme Arroyos im Jahr 2001 hat sich eine politische Kultur der Straflosigkeit etabliert. Auf diese dritte Ursache wies der UN-Menschenrechtsermittler Philip Alston schon vor zwei Jahren in einem Bericht hin, der die Regierung und das Militär scharf kritisierte. In der Amtszeit der Arroyos wurden mehr als 1.000 Menschen Opfer von politisch motivierten Morden, weitere 200 sind „verschwunden“. Kein einziger Fall konnte bisher aufgeklärt werden.

Die Opfer sind zumeist Kritiker der Regierung, überwiegend Journalisten und Mitglieder von Kirchen und sozialen Bewegungen. Bereits im Jahr 2004 war eine Power-Point-Präsentation des Militärs unter dem Namen „Knowing Your Enemy“ bekannt geworden, die Schulungszwecken dienen sollte. Tatsächlich scheint es sich um eine Art Todesliste gehandelt zu haben, denn vor allem Mitglieder dort erwähnter Organisationen wurden Opfer von Gewalt. In einzelnen Fällen konnte eine direkte Beteiligung des Militärs nachgewiesen werden, Konsequenzen gab es nicht.

Trotz all dieser Kritik ist Arroyo vornehmlich damit beschäftigt, ihren

Einfluss über die nächste Wahl hinaus zu sichern. Da die Verfassung ihr eine weitere Kandidatur verbietet, tritt sie als Abgeordnete für ihre Heimatprovinz Pampanga an. Der politischen Führung anzugehören, liegt nicht, wie sie behauptet, in ihren Genen, es ist jedoch in ihrem Interesse, da sie mit einer Strafverfolgung wegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen rechnen müsste. Als Abgeordnete genießen sie Immunität, überdies könnte sie auf eine Verfassungsänderung hinarbeiten und vielleicht noch einmal Staatsoberhaupt werden.

Für den Schutz der Journalisten setzt sich derweil Manilas stellvertretender Bürgermeister Francisco Domagoso ein, allerdings auf etwas eigenwillige Art. Die Regierung solle ihnen „erlauben, Waffen zu tragen, insbesondere in der Zeit des Wahlkampfes“.

Michael Reckordt ist Geschäftsführer des Philippinenbüro e.V. in Essen.

## AVIS

**Poste vacant**

La Direction de la Santé procède à l'engagement à mi-temps et à durée indéterminée à partir du 1er février 2010

d'un employé  
de la carrière S (m/f)

pour les besoins du Laboratoire de la Division de la Radioprotection (Référence : **PV 109 / 486 - ip**)

Le candidat m/f doit être titulaire d'un certificat de fin d'études secondaires luxembourgeois ou étranger reconnu équivalent selon la réglementation luxembourgeoise en vigueur et d'un diplôme sanctionnant un cycle complet d'études universitaires de quatre années au moins en sciences et de préférence en physique.

Une expérience en méthodes d'analyses physiques, notamment en spectrométrie gamma et alpha présente un avantage.

Des renseignements supplémentaires pourront être demandés par téléphone au 247-85682 ou au 247-85683.

**Documents à présenter :**

La candidature devra obligatoirement être accompagnée :

- d'une demande d'emploi manuscrite
- du numéro de la matricule nationale complet de 11 chiffres
- d'un extrait de l'acte de naissance
- d'une copie de la carte d'identité ou du passeport
- d'un extrait du casier judiciaire datant de moins de deux mois
- d'une copie du/des diplômes et/ou certificats requis pour la formation demandée
- du curriculum vitae rempli sur le formulaire prescrit [http://www.fonction-publique.public.lu/fr/formulaires/centralisation/cv\\_employes.pdf](http://www.fonction-publique.public.lu/fr/formulaires/centralisation/cv_employes.pdf)

Les candidatures sont à adresser au plus tard pour le 6 janvier 2010 au :

**Ministère de la Fonction publique et de la Réforme administrative**  
**-Centralisation-**  
**63, avenue de la Liberté**  
**L-1018 Luxembourg**



**dat anert abonnement**  
**l'autre abonnement**

**Tél.: 29 79 99-0**  
**Fax: 29 79 79**  
**admin@woxx.lu**



**woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire**, früher: **GrängeSpoun** - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin**: woxx soc.

coop. • **Redaktion und Layout**: Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Jackie Hueber (jacquie.hueber@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. **Karikaturen**: Guy W. Stoos • **Fotos**: Christian Mosar • **Verwaltung**: Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten**: Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • **Druck**: c. a. press, Esch • **Einzelpreis**: 1,75 € • **Abonnements**: 52 Nummern kosten 75 € (Ausland zzgl. 28 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 35 € • **Konto**: CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen**: Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • **Recherchefonds**: Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidarité mam GrängeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • **Post-Anschrift**: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros**: 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-Mail**: woxx@woxx.lu • **URL**: www.woxx.lu • **Tel.** (00352) 29 79 99-0 • **zFax**: 29 79 79